

Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 27 A

BERLIN · Dienstag, den 2. Februar 1932

1. JAHRGANG

Zur Abrüstungskonferenz.

Heute beginnt in Genf die Abrüstungskonferenz. 5 Jahre haben die Staaten zur Vorbereitung dieser Konferenz verthan. 5 Jahre haben die Kriegsministerien gearbeitet, um ihre Rüstungen hinaufzusetzen. 5 Jahre haben die chemischen Werkstätten auf die Erfindung der Giftgase verwanzt. 5 Jahre haben die Innenministerien gesorgt, daß der kriegerische Geist innerhalb des Volkes erhalten blieb.

Seit 5 Monaten sucht China Recht und Schutz beim Völkerbund — vergeblich.

Seit 5 Monaten raubt und tötet Japan; Frankreich schweigt; England stützt Japan; Amerika tastet. Die Sowjet-Union hat den Rücken nicht frei, um zu handeln.

Keine Regierung, deren Wort in Genf Vertrauen verdient.

Keine Wirtschaftsmacht, die unter die Lehre von der falschen Rechnung kapitalistischer Kriege ihr Ja setzt.

Keine allgemein anerkannte geistige Macht, die den Krieg als Mord verurteilt.

Keine Arbeiterinternationale, deren Widerstand gesichert ist, wenn die Kriegsdrohungen zu Kriegen übergehen.

Mit anderen Worten: In Genf keine einzige Stimme, hinter der eine gebietende Kraft steht, die den Anspruch der Vernunft vertritt.

Auf jedes ehrliche Wort, das dennoch gesprochen werden sollte, auf jedes wirkliche Streben nach Taten werden wir hören.

Aber den Lügen, die dort gewechselt werden, und der Scheinheiligkeit, die dort zu Tage treten wird, werden wir die Mißachtung zu teil werden lassen, die sie verdient. M. S.

Französische Stimmen zur Abrüstungskonferenz.

Die Alternative.

Die „République“, die Pariser Zeitung der Radikalsocialisten, die der kühnen Verständigungsstimme der „Dépêche de Toulouse“ zustimmt, schreibt anläßlich der Genfer-Konferenz:

„Entweder werden wir weiterhin . . . 17 Milliarden für unsere Militärausgaben verwenden, dann können wir jedoch keinen Anspruch mehr darauf erheben, daß uns Deutschland denselben Weg nicht folge. Das allerdings wäre Rüstungswahn, und dieser wird nicht anders enden als im Jahre 1914.“

Oder aber wir sind entschlossen, unsere Rüstungsausgaben unter der Bedingung zu kürzen, daß unsere Nachbarländer ihre halb-militärischen Organisationen . . . vermindern.“

Gegen die Hugenberg-Methoden.

„Le Peuple“, das Organ der französischen Gewerkschaften (CGT) beabsichtigt, gegen die Hugenberg-Methoden der französischen Chauvinisten eine gewaltige Gegenaktion unter der Parole zu entfalten: „Einheit dem Alarmschlagen!“ „Hört auf mit dem Trommelfeuer der Panik!“

Die Beseitigung der industriellen Reservearmee.

Von Karl Hinkel.

In der Sonnabend-Nummer des „Funken“ haben wir auf die grundlegende Bedeutung hingewiesen, die der Sperrung des Bodens durch das Großgrund-eigentum für den Kapitalismus zukommt. Wir haben ferner einige Gründe genannt, durch die Landarbeiter veranlaßt werden, in die Stadt abzuwandern und dort als „industrielle Reservearmee“ den Lohn zu drücken. Wir kommen jetzt zu dem entscheidenden Grund der Landflucht.

Die entscheidende Ursache der Landflucht.

Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind heute in den Städten überall besser als auf dem Lande. Man vergleiche nur einmal die hier folgenden Zahlen für Tariflöhne deutscher Land- und Industriearbeiter:

Tarifmäßige Löhne der Landarbeiter im Jahre 1930. (Ledige ständige Freiarbeiter*)

Vertragsgebiet	Tarifmäßig ver- einbarte Jahres- arbeitszeit: Stunden	Barlohn für das Jahr:	Unreife- r Wert der Deputate:	Gesamt- jahreslohn:	Lohn pro Arbeits- stunde:
Kreis Rügen (Pommern)	2 927	1 253,10	—	1 253,10	—,43
Kreis Lebus, Sternberg, Züllichau (Brandenburg)	2 850	879,75	95,—	974,75	—,34
Schlesien	2 850	985,44	—	985,44	—,35
Kassel, Hofgeismar (Hessen-Nassau)	2 800	1 069,20	55,50	1 124,70	—,40
Württemberg	2 929	1 149,63	—	1 149,63	—,39
Baden	2 910	1 260,03	—	1 260,03	—,43

Tarifmäßige Stundenlöhne ungelerner Arbeiter verschiedener Industrien im Jahre 1930.

(Reichsdurchschnittslohn für ungelernete männliche Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.)

Gewerbe	Lohn pro Arbeits- stunde
Baugewerbe:	
Hilfsarbeiter	—,99
Holzgewerbe:	
Angelernte Arbeiter	1,05
Hilfsarbeiter	—,96
Metallindustrie:	
Angelernte Arbeiter	—,87
Hilfsarbeiter	—,76
Chemische Industrie:	
Betriebsarbeiter	—,86
Textilindustrie:	
Hilfsarbeiter	—,64

Was lehren diese Zahlen?

Die (tarifmäßige!) Arbeitszeit betrug in der Land- wirtschaft der betrachteten Gebiete durchschnittlich 2870 Stunden jährlich, das sind, bei rund 50 Arbeits- wochen im Jahr, 57,6 Stunden pro Woche. In den be- trachteten Industrien war die Arbeitszeit durchschnitt- lich mit 48 Stunden pro Woche tariflich festgelegt. Aller- dings wird die Zeitdifferenz weitgehend ausgeglichen durch den längeren Weg der Industriearbeiter zur Arbeitsstätte.

Für die Landwirtschaft in den betrachteten Gebieten ergibt sich ein (tarifmäßiger!) Durchschnitts-Stunden- lohn der Ledigen von 39 Pfennigen, für die Industrie ein solcher von 88 Pfennigen!

Diese Zahlen zeigen die entscheidende Ursache der Landflucht und aller Wanderung im Kapitalismus.

Diese Ursache kann beseitigt werden!

Mit der Umänderung der wirtschaftlichen und sozia- len Verhältnisse auf dem Lande, mit der Aufhebung der Bodensperre verschwindet diese Ursache der Landflucht.

*) Unter „Freiarbeitern“ versteht man solche Land- arbeiter, die nicht vertraglich für längere Zeit an die Ar- beitsstelle gebunden sind.

Zusammenballung im Fernen Osten.

Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos.

i Tokio, 31. Januar.

Die Waffenstillstandsverhandlungen, die am Sonntag in Schanghai stattfanden, sind, wie das Kriegsministerium mit- teilt, ergebnislos verlaufen. Von den japanischen Unter- händlern war u. a. verlangt worden, daß alle Führer der japanfeindlichen Bewegung den japanischen Behörden zur Aburteilung ausgeliefert werden.

Chinesische Gegenwehr.

Nach allen Meldungen aus Ostasien sowie aus London, Moskau und Genf wird China sich gegen die Japaner zur Wehr setzen, ohne formell den Krieg zu erklären.

m London, 30. Januar.

Es mehren sich die Anzeichen, daß China nunmehr zum Gegenstoß ausholen will, wobei die chinesischen Regierungs- (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Ernste Lage in Oberschlesien.

Lohnsenkung für verbindlich erklärt — Urabstimmung über den Streik — Viele Un- organisierte und Arbeitslose.

i Kattowitz, 31. Januar.

Die Regierung hat den Schiedsspruch, der für den ost- oberschlesischen Bergbau eine achtprozentige Lohnsenkung festsetzte, für verbindlich erklärt, obwohl beide Parteien ihn abgelehnt hatten.

Eine Entscheidung über einen Generalstreik ist auch auf dem Betriebsrätekongreß der Arbeitsgemeinschaft der Gewerks- schaften am Sonntag nicht gefallen.

Auf dem Kongreß wurde von verschiedenen Seiten der Er- folg eines Generalstreiks stark angezweifelt. Vor allen Din- gen hegt man Befürchtungen wegen der Haltung der zahl- reichen nichtorganisierten Arbeiter und des annähernd 100 000 Mann starken Arbeitslosenheeres. Nach fünfständiger Be- ratung wurde beschlossen, bis zum 6. Februar eine geheime Urabstimmung auf den Gruben vorzunehmen.

Auch auf dem gleichzeitig tagenden Kongreß der sozia- listischen Gewerkschaften wurde ein Streikbeschuß nicht ge- faßt, obwohl hier die Streikstimmung erheblich größer war. Man beschloß, zunächst das Ergebnis der Urabstimmung und die endgültige Entscheidung der übrigen Gewerkschaften abzu- warten.

Es ist beachtenswert, daß von einer Verbindlichkeitser- klärung des Schiedsspruches in der Eisenindustrie, der die Lohnsenkung ablehnte und infolgedessen nur von den Unter- nehmern abgelehnt wurde, nichts gemeldet wird.

3750 vor der Entlassung.

i Kattowitz, 31. Januar.

Neuerdings haben die Verwaltungen von vier Gruben beim Demobilisierungskommissar die Genehmigung zur Entlassung von insgesamt rund 1000 Arbeitern dieser Betriebe beantragt. Auch in der Eisenhüttenindustrie sind neue Massenentlassun- gen geplant. Die Kattowitzer AG will bei der Bismarckhütte 1300 und bei der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte rund 1450 Arbeiter entlassen.

Generalstreik in Lodz.

Solidarität mit den Straßenbahnern.

Wie der „Vorwärts“ meldet, dauert der Streik der Straßenbahner in Lodz, die gegen die beabsichtigte Ver- schlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen, nun schon 14 Tage, ohne daß es zu einer Verständigung gekom- men ist. Die Straßenbahndirektion weigerte sich bisher, mit dem Streikkomitee zu verhandeln und stellte vom ersten Tage an Streikbrecher ein. Für heute wurde zur Unter- stützung der Straßenbahner von den freien Gewerkschaften der Generalstreik in Lodz proklamiert.

Streikabstimmung auch in Nordfrankreich.

k Paris, 1. Februar.

Im nordfranzösischen Industriegebiet soll am 7. Februar die Grubenarbeiterschaft darüber abstimmen, ob der Streik aus- gerufen werden soll oder nicht

Darum werden die Massen der arbeitslosen Industriearbeiter gewiß nicht aufs Land zurückströmen. Aber es wird kein Landbewohner, der heute aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen das Land verläßt, in die Stadt hineinströmen. Denn es gibt auch in den europäischen Industrieländern noch Millionen von Bauern und Landarbeitern, die mit ihrer ländlichen Heimat verwachsen sind und die wirtschaftliche Selbständigkeit über alles stellen. Es gibt auch unter den Industriearbeitern Menschen, die unter dem Tempo des Großbetriebs leiden und eine stille handwerksmäßige Arbeit vorziehen. Ja es hat in den vergangenen Monaten ganz langsam bereits hier und da eine Rückwanderung aus den Großstädten aufs Land eingesetzt.

Städter und Landbewohner . . .

Wir finden heute zwei Menschentypen vor: den Städter und den Landbewohner, die in ihrer psychologischen Haltung gegenüber der Arbeit, in ihren Lebenszielen und Ansprüchen ungleich von einander abweichen. Der eine Mensch nähert sich mehr oder weniger dem Typ des Städters an, der andere dem des Landbewohners. So verschieden die Menschen auch sind, Tatsache ist, daß es diese beiden Typen von Menschen heute gibt. Eine politische Theorie, die dieser Tatsache nicht Rechnung trägt, läuft Gefahr, sich als utopisch zu erweisen. Ein Wirtschaftsprogramm, das diese Tatsache übersieht, ist entweder undurchführbar, oder es läuft darauf hinaus, die Interessen der einen Gruppe den Interessen der anderen Gruppe zu opfern.

. . . und das Wirtschaftsprogramm des ISK.

Das Wirtschaftsprogramm des ISK erstrebt die Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen der Landflucht und will dem Landbewohner die Möglichkeit geben, Landbewohner zu bleiben und als solcher frei zu werden von der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Es ist durchaus möglich, daß auch nach Erreichung dieses Zustandes die Stadt auf manche Teile der Landbevölkerung noch eine starke Anziehungskraft ausüben wird. Es wird Menschen geben, die in die Stadt ziehen, obwohl sie auf dem Lande als Bauern und genossenschaftliche Siedler ihr gutes Auskommen haben könnten. Wenn es viele derartige Menschen geben wird, dann können sie in der Stadt ein Ueberangebot an Arbeitskräften und gedrückte Löhne hervorrufen.

Aber die Zahl dieser Menschen wird nach Beseitigung der Bodensperre immer kleiner werden. Denn auf dem Lande besteht unter den dann herrschenden Verhältnissen die Möglichkeit für jeden, selbständiger freier wirtschaftender Bauer zu werden; in der Industrie dagegen bleibt es für die große Masse der Arbeiter bei der Unselbständigkeit des beruflich und wirtschaftlich stets abhängigen Industriearbeiters.

Andererseits werden auch die heute so großen kulturellen und geistigen Unterschiede zwischen Stadt und Land immer mehr verschwinden. Man darf nicht übersehen, daß die heutige kulturelle Rückständigkeit des flachen Landes sowie der Klein- und Mittelstädte gegenüber der Großstadt ja auch eine Folge der Bodensperre ist. Es wird eine wichtige kulturpolitische Aufgabe sein, diese kulturellen Folgen der Bodensperre zu beseitigen, nachdem die Bodensperre politisch aufgehoben ist. In dem Maße, in dem es gelingt, die Folgen jahrausendelanger Versklavung zu beseitigen, wird auch die Kluft zwischen der geistigen Haltung des Städters und der des Bauern geringer werden.

Die Verwirklichung dieses Programms
führt zur Beseitigung des Kapitalismus. Nun hindert aber der geschilderte Aberglaube an die Industrialisierung die meisten sozialistischen Nationalökonomien an der Erkenntnis dieses Weges zur Beseitigung der Ausbeutung. So schrieb STERNBERG 1928 gegen OFFENHEIMER: „Mit innerer Kolonisation bekämpft man nicht den Kapitalismus. . . . Aktuell wird der ganze Fragenkomplex nicht werden: er hat zur Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft politisch die Macht ergreift. Dann aber hat sie Wichtiges zu tun.“ („Archiv für Sozialwissenschaft . . .“ Band 59, Seite 356.)

Was nach der Machtergreifung das Wichtigste ist, das läßt sich nur durch eine sachliche und gründliche

(Fortsetzung von der 1. Seite.)
stellen weniger die Handelnden zu sein scheinen und eher von der leidenschaftlichen Volksstimmung vorwärts getrieben werden. Die Regierung selbst hat lediglich eine Erklärung herausgegeben, in der sie den Angriff der Japaner auf Chapei auf das schärfste verurteilt. Dagegen haben der gewesene Präsident Marschall TSIANGKAISCHER sowie EUGEN TSCHEN und SUNFO, die noch vor einigen Tagen die Stellungen als Außenminister und Ministerpräsident inne hatten, an sämtliche Truppenkommandeure die telegraphische Aufforderung geschickt, so schnell wie möglich Truppen nach Schanghai zu entsenden.

• Nanking, 31. Januar.
In Nanking herrscht fieberhafte Aufregung und große Kriegsbegeisterung. Mehr als 50 000 Menschen umlagern die Eisenbahnstationen, von denen die Truppen nach Schanghai abfahren. Sie rufen in voller Begeisterung den Truppen ein Lebewohl und „Haltet Schanghai!“ zu. Es werden Gelder für einen Kriegsfonds gesammelt, zu dem die Bevölkerung opferwillig Beiträge leistet.

• London, 31. Januar.
Die chinesischen Regierungsbehörden haben ihren Sitz von Nanking nach Loyang in der Honan-Provinz verlegt. Die Vorbereitungen hierfür waren schon seit einigen Monaten getroffen, und die Staatsarchive waren bereits vor einiger Zeit dorthin überführt worden. Ministerpräsident WANGTSCHINGWEI und auch TSIANGKAISCHER haben sich angeblich dorthin begeben.

• Tokio, 31. Januar.
Am Sonntag trat das japanische Kabinett zusammen. Außenminister JOSCHISAWA erstattete Bericht über das diplomatische Vorgehen Englands und der Vereinigten Staaten. Nach mehrstündiger Beratung erteilte das japanische Kabinett die Ermächtigung, weitere Truppen nach der Mandschurei und nach Schanghai zu entsenden.

Die japanischen Botschafter in Washington und London wurden ermächtigt, den Regierungen Englands und Amerikas mitzuteilen, daß Japan seine Kampfhandlungen nur auf das Chinesenviertel in Schanghai begrenzen wird.

• Moskau, 31. Januar.
Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai wurde am Sonntag der chinesische Kriegshafen Wusung bei Schanghai durch die japanische Marine besetzt. Die chinesischen Behörden leisteten keinen Widerstand.

• Schanghai, 31. Januar.
Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen in einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung versteckt seien, forderten die Japaner die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand. Das ist der erste Fall einer japanischen Aktion innerhalb der internationalen, nicht japanischen Niederlassung.

Trotz mehrfacher japanischer Gegenangriffe haben die chinesischen Truppen den Nordbahnhof und den größten Teil von Schapei gehalten. Die japanischen Verluste werden auf 200 Tote und die der chinesischen mindestens auf 600 Tote und weit über 800 Verwundete beziffert.

Untersuchung feststellen, die selbstverständlich vor der Machtergreifung durchgeführt werden muß. Und lehrt diese Untersuchung, daß die Aufhebung der Bodensperre eine der wichtigsten Aufgaben ist, dann soll man sie durchführen! Um sie jedoch durchführen zu können, dazu ist beim Proletariat eine eingehende politische Schulung und eine zielbewußte Organisation notwendig. Bei den Bauern andererseits muß die Vorbedingung dafür geschaffen werden, daß sie in den Kämpfen der sozialistischen Revolution wenigstens neutral bleiben. Diese Vorbedingung besteht darin, daß die Interessen der Bauern (nicht die der Großgrundbesitzer!) von den Sozialisten ehrlich und klar vertreten werden.

Unter großen Schwierigkeiten gelang es englischen Freiwilligen, japanische Reservisten von einem Platz zu vertreiben, der in den englischen Verteidigungssektor fällt.

Amerika und England unentschieden.

New York, 30. Januar.
Staatssekretär STIMSON ist gewillt, alles zu vermeiden, was die Regierung in Tokio verletzen könnte. Auf Grund seines Einflusses hat der Kongreß die Verhandlungen über einen Gesetzesantrag verschoben, der dem Präsidenten Vollmacht zur Erklärung des Wirtschaftsboykotts gegenüber Japan geben sollte.

Die gesamte New Yorker Presse verurteilt das Vorgehen Japans sehr scharf und begrüßt das Zusammengehen Englands mit den Vereinigten Staaten.

Washington, 30. Januar.
Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben erneut in Tokio wegen der weiteren Truppenlandungen in Schanghai und des Eindringens japanischer Truppen in die internationale Niederlassung protestiert.

London, 31. Januar.
Die chinesischo-japanische Spannung führte bereits in den Morgenstunden des Sonntags zu wichtigen Besprechungen beim Ministerpräsidenten, zu denen auch der Chef des Generalstabes und der Erste Lord der Admiralität hinzugezogen wurden.

• London, 30. Januar.
Aus Hongkong wird gemeldet, daß von dort 2000 Mann englische Truppen nach Schanghai entsandt werden sollen.

Tausende von angstgefüllten Chinesen strömen in die internationale Niederlassung. Man befürchtet, daß Lebensmittelknappheit eintritt. Fleischvorräte sind nur für drei Tage vorhanden, die Preise sind teilweise um 100 Prozent gestiegen.

Washington, 31. Januar.
Das amerikanische Marineamt hat für die gesamte Flotte und für die Marinereservisten erhöhte Bereitschaft angeordnet.

Der in Manila stationierte Admiral TAYLOR begibt sich mit insgesamt 14 Kriegsschiffen nach Schanghai.

Französisch-japanische Kriegstreiber.

Washington, 31. Januar.
Dem Weißen Haus nahestehende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär STIMSON trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufte und ebenfalls für den Grundsatz: keine Abrüstung ohne Sicherheit eintreten wird.

• Paris, 31. Januar.
Der „Temps“ bringt eine halbamtlich klingende Verlautbarung, in der er die französische Regierung gegen den Verdacht in Schutz nimmt, den Japanern in China freie Hand zu lassen.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(25. Fortsetzung.)

Herr von Richter streifte gedankenvoll die Asche von der Zigarette und hob seine hellen, lebenswürdigen Augen auf. Lange betrachtete er mit ernstem Lächeln das dunkel gerötete Gesicht des Duce. „Ich leugne nicht,“ sagte er dann in wohlklingendem Italienisch. „daß der Faschismus bestehend ist, besonders die Jugend ist dafür empfänglich. Das heldische Ideal, die Vorstellung des Machtstaates mit Ruhm, sichtbarem Glanz — das lockt die Jugend mancher Völker.“

Capponi hob mit freundlicher Bestimmtheit die Hand zum Einwurf.

„Nur die Jugend? Bitte, betrachten Sie Ihr eigenes Land! In dieser Jugend finden Sie bärtige Männer, Namen mit bestem Klang. Und mit Recht sehen sie Italiens Beispiel. Haben mein Vorgänger und ich für Europa nicht weit mehr getan als man uns zubilligen will? Wer zog quer durch unsern Erdteil einen Schutzwall geistiger Art gegen die Auflösung, die von Osten her drohte und immer weiter droht? Vielleicht wäre ohne den faschistischen Gedanken Europa längst seelisch und wirtschaftlich ruiniert! Was erwartet Deutschland von der Demokratie, die der Geldmacht unterworfen ist und Ihnen unter der Heuchelei der Gerechtigkeit den Versailler Frieden eingebracht hat? Die Demokratie leitet das Absterben völkischer Kraft ein, das Erlöschen des schöpferischen Tatmenschen!“

Der Deutsche neigte zweifelnd den Kopf hin und her. Sein hageres, durchgegeistigtes Gesicht stach lebhaft von dem harten Willenskopf des Italieners ab. „Muß der Verzicht auf den völkischen Machtstaat wirklich den schöpferischen Tatmenschen auslösen, Exzellenz?“ fragte er verbindlich. „Schöpferium bedarf vornehmlich höchster Freiheit. Der Faschismus ordnet jeden Menschen dem Staatsbegriff unter, also einem Begriff, der nach Form und Inhalt durchau wandelbar ist, von heute auf morgen umzustößt! Der Frei-

heitswille des Individuums steht sogar in einem gewissen Gegensatz zur Herrschaft des Staates.“

„Nicht in Italien!“ warf Capponi lebhaft ein. „Italiener und Faschismus sind eins!“

„Nicht nur von Natur aus, Exzellenz, sondern infolge Zucht und Erziehung!“

„Um so besser! Natur muß durch Zucht gebändigt werden!“

Der Zweifel spielte immer noch um den lächelnden Mund des Deutschen. „Exzellenz, wenn nun alle Nationen dem Faschismus huldigten, das heißt dem völkischen Egoismus, der nur dem Ruhm und der Größe des eigenen Landes dient, dem ungehemmten Willen zum Aufstieg? Wenn jede Nation den Machtstaat fordert und erzwingt? Denn gerechterweise muß ich, was ich meinem Volk als Recht und Pflicht zugestehe, auch dem Nachbarn zubilligen. Die Folge hiervon: Rivalität, Wettlauf um den Gipfel, Spannungen, Explosionen. Oft genug haben gerade kleinste Völker, die über geringe materielle Macht verfügen, der Welt höchste Kulturgüter geschenkt!“

Der Duce lächelte sein hartes Lächeln. „Es ist das Wesen der Menschenerde, daß sie sich nur im Kampf um die Macht weiterbewegt, nicht anders.“

„Sind wir wirklich ein so hoffnungsloses Geschlecht?“ fragte der Deutsche ernst.

„Wir haben im Augenblick leider für metaphysische Gespräche zu wenig Zeit“, erwiderte Capponi. Er lehnte seinen starken Oberkörper weit über den Tisch, seine Stimme wurde eindringlicher und zugleich gedämpfter. „Der Kampf will jetzt auf der ganzen Linie entbrennen, Herr Botschafter. Vorerst in der geistigen Arena. Von uns werden klare Entscheidungen gefordert. Auch von Deutschland! Sie können nicht Zuschauer bleiben. Das Rad könnte sonst über Ihr Land, das ich immer bewunderte, grausam hinwegrollen. Deutschland ist sogar sehr unmittelbar von dem gegenwärtigen Streit berührt! In welche Waagschale wollen Sie Ihr Gewicht werfen? In die französische? Es ist immerhin nicht unwahrscheinlich, daß sich Frankreich zur Stunde inbrünstig um Ihre Gegenliebe bewirbt, nicht wahr? Ich tue es auch. Ich habe nicht die Absicht, eine lächerliche Posse vor Ihnen aufzuführen. Ich biete Ihrer Regierung ein militärisches Schutz- und Trutzbündnis an, das Sie von dem Versailler Diktat befreien wird. Hat Ihr Land Anlaß, sich Frankreich dankbar zu erweisen? Die Zeit muß genutzt werden, Herr Botschafter. Morgen, heute schon kann der offene Kampf um die Macht einsetzen. Wäh-

rend ich hier mit Ihnen spreche, übermittelt mein Botschafter in der Wilhelmstraße das gleiche Angebot. Deutschland muß sich rasch entscheiden. Sonst werfe ich die Zügel herum und disponiere auf anderer Grundlage.“

Herr von Richter war nicht überrascht, diese Wendung hatte er vorausgesehen. „Ich werde meiner Regierung sofort Ihre Anregungen drahten.“

„Bitte, mehr als Anregungen, Herr Botschafter!“ Der Duce schob sein Gesicht noch näher an den Deutschen heran, sein Kinn reckte sich weit vor. „Ich biete Ihnen ein Bündnis an! Nicht aus reiner Menschenliebe, sondern weil Ihre und meine Interessen sich heute decken. Dieses Bündnis ist zugleich die sicherste Bürgschaft dafür, daß kein Krieg ausbricht. Gegen unseren Block anzugehen, übersteigt den Mut des Baron Saint Brie. Bitte, Herr Botschafter, prägen Sie sich die günstige Konstellation gut ein . . .“ Er erhob sich mit raschem Sprung und zog den Botschafter vor die Wandkarte. Die hagere, hohe Gestalt des blonden Deutschen überragte den wichtigen Italiener um Kopfeslänge. „Hier Oesterreich: feste Waffenbrüderschaft! Ungarn: Unser Freund! Bulgarien, Griechenland, Türkei: Alle drei kämpfen auf unserer Seite! Hier oben Finnland, Litauen: unsere Gesinnungsgenossen. Polen, die kleine Entente sind angeketet, denn hier! . . .“ — sein Zeigefinger bohrte sich auf Moskau — „wartet einer auf den Vorstoß nach Westen! Polen ist in einer Woche überrannt von der Roten Armee . . .“

„Die dann an der Grenze Deutschlands steht!“ unterbrach sehr bestimmt der Deutsche.

„Als militärischer Bundesgenosse!“
Herr von Richter machte eine scharf abwehrende Kopfbewegung. „Auf dem Papier vielleicht stünde ein Bundesgenosse, nicht in Wirklichkeit, Exzellenz! Vergessen Sie nicht: die Rote Armee ist kein Instrument für die Bündnispolitik der kapitalistischen Mächte! Die Rote Armee erstrebt die Macht über Europa!“

„Ich nehme mir den Bundesgenossen dort, wo ich ihn bekomme. Das entspricht meiner Realpolitik“, erwiderte Capponi, aber weniger nachdrücklich.

„Ist das nicht Politik auf kurze Sicht, Exzellenz?“ Die Sorge stand dem Deutschen in den hellen Augen. „Kommt der Pferdefuß nicht hinterher zum Vorschein? Deutschland ist bolschewistisch, sobald der Russe in Polen einmarschiert. Die Sowjetarmee ist die Angriffstruppe, die, einmal in Bewegung gesetzt, die bolschewistischen Fahnen über den ganzen Erdball trägt.“
(Fortsetzung folgt.)

Eiserne Front.

Rpt. Berlin, 31. Januar.

Mit großem Mißtrauen ging ich zur Kundgebung der „Eisernen Front“ im Sportpalast.

Der Name erinnert unangenehm an die „eiserne Zeit“. Ich fürchtete die Wiederholung der Worte, die wir gelesen haben: Nichts für uns, alles für Deutschland. — Ich hörte diese Worte im Sportpalast nicht. Es war freilich höchst unnötig, daß ein Arbeiterführer sich gegen die Behauptung verwahrte, daß in MARX' Gedanken nichts anderes stecke als die Verleugnung der Volksgemeinschaft und des Staates, und daß er fortfuhr: gerade die sozialistische Arbeiterbewegung sei ein Erziehungsfaktor in dem Sinne gewesen, der Arbeiterklasse ein Vaterland zu erringen. Diese Mißtöne waren leider vorhanden. Der Gesamteindruck war aber doch der: Spät — HOELTERMANN sagte: spät, aber nicht zu spät — bildet sich hier eine antifaschistische Front, eine Front, in der scharf geredet wird nicht nur gegen die Faschisten selber, sondern auch gegen den Staat, der ihr Treiben duldet.

Ich fürchtete, nationalistische Töne zu hören. Die Sprache gegen diejenigen, die Deutschland in den Weltkrieg und an den Abgrund geführt haben, die Sprache gegen Kriegstreiber, — für Völkerversöhnung und deutsch-französische Verständigung war eindeutig.

Ich fürchtete, „Deutschland, Deutschland über alles“ zu hören. Und ich konnte am Schluß mitsingen: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ und stand dabei zwischen roten Fahnen.

Auch Bürger waren im Sportpalast. Sie wurden aufgerufen, sich auch einzureihen in die Front gegen die drohende faschistische Diktatur. Doch wurde deutlich gesagt: In der Eisernen Front stehen in erster Linie in hartem Kampf ums Dasein gestellte Proletarier.

Es war von der SPD als der Partei die Rede. Das gehört sich nicht. Die Hoffnung breiter Massen der Gegner des Faschismus steht bei anderen Parteien. — Auf die Kommunisten wurde nicht geschimpft, selbst nicht, als sie den Versuch machten, die Kundgebung zu stören. Daß die Einheitsfront der Volksbegehrler von „Stahlhelm“ bis THÄLMANN kurz abgelehnt wurde, ist verständlich und richtig.

Gegen die Worte von CRISPIEN, EGGERT, GELLERT und HOELTERMANN ist — alles in allem genommen — wenig einzuwenden; auch nicht gegen den Prolog von MAX BARTHEL mit dem Refrain:

Wir wollen nicht das dritte,
Wir alle wollen das Reich.
Wo jeder in unserer Mitte
Frei ist und brudergleich.

Wir werden mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen, was die Eiserne Front tut. — „Wir greifen an!“ Wird der Angriff erfolgen?

Im Sportpalast wurde scharf gespottet über HITLER, der bereits die Thronbesteigung einübt, und scharf gerodet gegen den Staat, der es duldet, daß HITLER sich nach außen als Reichsverweser aufspielt. Wird die Eiserne Front mit allem Nachdruck fordern, daß HITLER als lästiger Ausländer ausgewiesen wird?

Scharfe Worte fielen gegen die Republik, deren Richter Republikanern nicht Recht geben. Wird etwas geschehen zur Kaltstellung dieser Richter?

Wird die Eiserne Front handeln? Sofort handeln? Wird sie die Sprache beibehalten — auch in ihren schriftlichen Proklamationen —, die im Sportpalast vor Arbeitermassen und roten Fahnen gesprochen wurde? Dann hat sie es in der Hand, den Faschismus in Deutschland zu erledigen, dessen Führer einem entschlossenen Arbeiterangriff nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben.

Asien und die christlichen Missionen.

GANDHI'S Kampf um die Befreiung des indischen Volkes von der britischen Herrschaft wird von den in Indien mit tatkräftiger Unterstützung der britischen Regierung tätigen Missionsgesellschaften nicht gerade mit großer Sympathie verfolgt: denn von einem freien Indien befürchten sie eine wesentliche Beschränkung ihrer bisherigen Bemühungen, diese „Heiden“ trotz des Widerstandes weitester Kreise des indischen Volkes zum Christentum zu bekehren. Dieser Versuch christlicher Missionare ist schon oft genug von hochstehenden Indern als krasseste Impertinenz (um nicht schärfere Urteile zu wiederholen) bezeichnet worden. Diesen sich dem indischen Volke aufdrängenden Missionsgesellschaften hat nun auch GANDHI eindeutig zu verstehen gegeben, was ihnen früher schon andere Inder von weniger großem Einfluß gesagt haben. In seiner Zeitschrift „Young India“ (April 1931) schreibt er:

„Wenn sie (die Missionare), anstatt sich auf rein menschenfreundliche Arbeit, wie Erziehung, ärztliche Hilfe für die Aermsten und dergleichen zu beschränken, diese Tätigkeit dazu benutzen, Proselyten (Anhänger) zu machen, würde ich es ganz bestimmt vorziehen, daß sie sich entfernen. Jede Nation hält ihren Glauben für genau so gut wie denjenigen anderer. Bestimmt sind die großen Religionen der Völker Indiens diesen Völkern angemessen. Indien hat die Bekehrung von einer Religion zur andern nicht nötig.“

Und er fährt in seiner Ablehnung der christlichen Missionstätigkeit wie folgt fort:

„Warum sollte ich meine Religion ändern, weil ein Arzt, der sich zum Christentum bekennt, mich von einer Krankheit geheilt hat, oder weshalb sollte dieser Arzt, während ich mich unter seinem Einfluß befinde, eine solche Aenderung von mir erwarten? Enthält die ärztliche Hilfe nicht ihre eigene Belohnung und Befriedigung? Oder weshalb sollte ich mir, während ich mich in einer Missionsschule befinde, die christliche Lehre aufdrängen lassen? Nach meiner Ansicht sind diese Methoden nicht erhehend, und sie geben zu Mißtrauen, wenn nicht zu geheimer Gegnerschaft Anlaß. . . . Bekehrung ist in unserer Zeit genau wie alles andere zu einer geschäftlichen Angelegenheit geworden. Ich entsinne mich, in einem Missionsbericht gelesen zu haben, wieviel es pro Kopf der Bekehrten gekostet hat, und dieser Bericht enthielt einen Etat für „die nächste Leere.“

Die Praxis der Hochverratsprozesse.

Am 17. Januar 1932 fand in Essen eine Verteidiger-Konferenz statt, bei der die Rechtsprechung des Reichsgerichts zur Frage der Vorbereitung des Hochverrats von dem bekannten Verteidiger ONUCH dargestellt und erläutert wurde. ONUCH führte aus, daß seit dem Jahre 1927 in Hochverrats-Prozessen gegen linksgerichtete Arbeiter kein Freispruch vor dem Reichsgericht mehr erzielt worden sei, obgleich die Statistik der Hochverrats-Verfahren eine ansteigende Kurve zeige. Nachdem HITLER seine berühmte Legalitätserklärung abgegeben habe, drohe anscheinend nur noch Hochverrat von links.

Bei den Hochverrats-Prozessen spielt der Begriff des „hochverräterischen Unternehmens“ eine entscheidende Rolle. „Unternehmen“ ist ein kautschukartiger Begriff, unter dem man sich alles mögliche vorstellen kann; er erfordert nicht, wie z. B. der „Versuch“, eine nach Ort und Zeit bestimmte Handlung. Nur so konnte man auch vor längerer Zeit das gesamte Zentral-Komitee der KPD des Hochverrats anklagen, mit der Begründung, das Zentral-Komitee der KPD befinde sich in einem nach Zeit und Ort noch nicht bestimmten Dauer-Hochverrat. Bei dieser Begründung hätte die Anklage, die durch Amnestie eingestellt wurde, logischerweise auf alle Mitglieder der KPD ausgedehnt werden müssen. Das unterblieb offenbar aus Zweckmäßigkeitsgründen, da den Behörden aus leicht einschubaren Motiven nur an der Verfolgung der leitenden Funktionäre liegt. Das ergibt sich auch aus Richtlinien, welche seitens der vorgesetzten Behörden an die Untersuchungsrichter versandt werden. Da heißt es beispielsweise, daß nur die Haupttäter zu verfolgen seien, die Untersuchung dagegen nicht auf die Mitläufer ausgedehnt werden solle.

Wie kommt die ungewöhnlich große Zahl der Hochverrats-Verfahren gegen kommunistische Funktionäre zustande? Es genügt, Funktionär der KPD zu sein, um in Verbindung mit einer kleinen Ungesetzlichkeit, z. B. Reden in einer verbotenen Versammlung oder Verbreiten eines verbotenen Flugblattes, — Vergehen, die sonst vor die Schöffengerichte kommen — den Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens zu verwirklichen.

Eine andere Gruppe von Hochverrats-Verfahren sind die gegen linksgerichtete Redakteure. Man läßt solche Redakteure erst eine Weile unbehelligt, läßt sie dann plötzlich vor und zeigt ihnen eine Serie von Aufsätzen, von denen jeder einzelne für sich betrachtet keine strafbare Handlung darstellt, die aber

von der Behörde in einen Zusammenhang gebracht werden, der angeblich den Versuch eines hochverräterischen Unternehmens erkennen läßt.

Wieder eine andere Gruppe von Hochverrats-Prozessen hat den sogenannten „literarischen“ Hochverrat zum Gegenstand, wie er beispielsweise dem Dichter RUDOLF R. BECHER wegen seines Werkes „Levisith“ zur Last gelegt wurde. Auch Leutnant SCHERINGER soll durch Veröffentlichung der sogenannten „Brief-Broschüre“, die eine Wiedergabe der während der Festungshaft von ihm und an ihm geschriebenen Briefe enthielt, literarischen Hochverrat begangen haben.

Von großer Bedeutung ist bei sämtlichen Hochverrats-Prozessen die Art der Zeugenvernehmung. Die deutsche Strafprozeß-Ordnung sieht als Regel die Vernehmung der Zeugen in der Hauptversammlung vor. Diese Bestimmung ist für Hochverrats-Verfahren längst außer Kraft gesetzt. Heute werden die Zeugen von den Untersuchungsrichtern, die ihre Vernehmung führen, vereidigt. Vor dem Reichsgericht in Leipzig werden diese eidlichen Aussagen vielfach nur vorgelesen, woraufhin das Urteil gefällt wird. Es hängt sicher mit dieser überaus bedenklichen Art der Zeugenvernehmung zusammen, daß die Urteile des Vierten Strafsenats in Leipzig, vor dem alle Hochverrats-Prozesse verhandelt werden, eine erschreckende Gleichförmigkeit aufweisen.

Die Praxis des Reichsgerichts in Hochverrats-Prozessen erfordert dringend eine Dezentralisierung, d. h. eine Verlegung der Verfahren an andere Gerichte, wobei zu überlegen bleibt, ob hierfür die Schwurgerichte oder die Schöffengerichte geeigneter sind.

Die Verteidiger-Konferenz beschäftigte sich weiter mit der Frage, welche Auslegung die strafrechtlichen Normen der Notverordnungen finden sollten. Ein Austausch von Erfahrungen ergab, daß in manchen Orten die Polizei unter Berufung auf die Notverordnungen die verfassungsmäßigen Grundrechte, z. B. die Unverletzlichkeit der Wohnung, wie auch die Beschränkungen der Polizei durch die Strafprozeß-Ordnung grundsätzlich für beseitigt hält. Angesichts der vorgekommenen Willkürakte der Polizei wäre es dringend geboten, daß die Zentralbehörden Anweisungen erteilen, wie die Notverordnungen, soweit sie polizeiliche Befugnisse regeln, zu handhaben sind. Bl.

Soziale Gerechtigkeit.

Rücksichtsloser Abbau der Unterstützungssätze für Sozial- und Kleinrentner in Hannover.

Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben die Fürsorgebehörden die Möglichkeit, die gehobene Fürsorge zu verschlechtern, wenn auch immer noch eine angemessene Mehrleistung gegenüber der allgemeinen Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner und ihnen Gleichgestellte bestehen bleiben soll. Ein bestimmter Mindestbeitrag wird aber nicht, wie bisher, festgesetzt.

Der Magistrat der Stadt Hannover benutzte sofort die Gelegenheit, die Lebenshaltung der Sozialbedürftigen noch mehr zu schmälern.

Der Wohlfahrtsausschuß nahm am 15. Januar den Vorschlag des Magistrats an, der den Unterschied zwischen der gehobenen und allgemeinen Fürsorge von 10 M auf 4 M ermäßigt.

Dadurch erhält der alleinstehende Sozialrentner statt bisher 50 M jetzt nur noch 11 M, und ein Sozialrentnerpaar statt bisher 70 M jetzt noch 61 M.

Durch diesem Abbau wird jährlich ein Betrag von 650.000 M gespart. Ja, ja, die Stadt hat es nötig, und die andern Sparmaßnahmen klappen nicht unter dem Schutz des Oberbürgermeisters Dr. MENGE. Hat doch MENGE gegen die Gehaltskürzung der Beamten, die die Notverordnung vorseht, den Klageweg beschritten. Auch an die Zuschüsse zu den Städtischen Bühnen, die jährlich ungefähr 2 Mill. M betragen, und deren Schausstellungen das Bürgertum unterhalten, wagt der Magistrat nicht, Hand anzulegen. Hier wird die Rücksicht auf die Schauspieler plötzlich zu einer menschlichen Sorge. Das Schauspiel, das das Elend der Kleinrentner bietet, findet ein weniger interessiertes, weniger barmherziges Publikum. G. K. r.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs.

k Paris, 30. Januar.

Am Sonnabend wurde in Paris der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs durch ihren Führer LEON BLUM eröffnet. BLUM wandte sich gegen den Versuch zur Bildung einer großen Koalition, wobei die Sozialisten erdrückt werden würden.

Peking, an dem östliche und westliche Denker teilnahmen, Professor Dr. Wu TING von der Universität in Peking:

„Wenn das Christentum eine unwandelnde Kraft besäße, so sollte sie sich doch in den chinesischen, armenischen und siamesischen Bekehrten zeigen, ebenso in den Kirchenmitgliedern in England und Amerika. Jedoch, soweit China in Betracht kommt, hat sich eine derartige Wandlung nicht erwiesen. Chinesische Christen sind nicht mehr interessiert an brüderlicher Liebe als ihre Nachbarn, die der konfuzischen Lehre treu geblieben sind. Erst kürzlich machte sich der berühmte gewordene „christliche“ chinesische General FENG der scheußlichsten in der chinesischen Geschichte vorgekommenen Schlächtereien schuldig, indem er Tausende wehrlose Gefangene hinhängen ließ. Was sind denn eigentlich die charakteristischsten Grundsätze der christlichen Lehre? Sind das nicht „brüderliche Liebe“, „Ablehnung der Gewalt“, „Verneinung des Sorgens für den morgigen Tag“, „Verachtung des kapitalistischen Reichtums“, „Hervorhebung des Geistigen vor dem Materiellen“? Und dennoch, von allen Nationen, sind nicht gerade die christlichen die kriegerischsten, die am sorgfältigsten für den morgigen Tag sorgenden, die Führenden im Rassenvorurteil? Und wie steht es mit der brüderlichen Liebe? Jeder, der in China gelebt hat, kennt Kuling, das von christlichen Missionaren erbaut wurde und von ihnen unterhalten wird, und wo keinem Chinesen zu wohnen erlaubt ist. Der Mißerfolg irgend einer Religion, die Geister und Herzen einer Rasse umzuformen, muß vor die Tür derjenigen gelegt werden, die die ursprüngliche Philosophie der großen Lehrer verdrehen, und die sie zu persönlichem Vorteil ausnützen.“

Ueber die christliche Missionstätigkeit in Japan schreibt M. G. MORI, der Verfasser von „Buddhism and Faith“ (Buddhismus und Glaube), der in dem Ruf eines ersten und ehrlichen Denkers steht, im Januarheft 1931 von „The Aryan Path“ folgendes:

„Der letzte geistige Import, das Christentum, wird schon langsam aber sicher japanisiert, was eine enttäuschende Erfahrung für viele Missionare bedeutet, denen es entweder nicht gelungen ist, oder die es verhindern wollten, daß ihre Lehre in Einklang mit dem nationalen Temperament und der Tradition der Japaner gebracht wurde. . . . Es ist eine ziemlich zynische Tatsache, daß praktisch alle christlichen Nationen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, kriegerisch sind.“ P. A. Hotes.

. . . . Denen, die Indien bekehren wollen, muß ihnen nicht gesagt werden: „Arzt, heile dich selbst.“ Bekehrung im Sinne von Selbst-Reinigung, Selbst-Erkenntnis ist die schreiende Notwendigkeit unserer Zeiten. Das ist indessen etwas ganz anderes als Proselytenmacherei.“

Und die Zeitschrift „Indian Social Reformer“ schreibt hierzu:

„Das ist genau, was der Reformer immer gesagt hat, und wir freuen uns, daß wir uns in diesem wie in vielen anderen Dingen mit ihm (Gandhi) in Übereinstimmung befinden.“

In der Zeitschrift „The Aryan Path“ (Juli 1931) schreibt GANDHI'S englischer Freund, H. S. L. POLAK, der in den Jahren 1901 bis 1910 mit ihm in Südafrika gearbeitet hat, in einem Aufsatz: „The Colour Bar“ (Die Farben-Schranke) über den unheilvollen Einfluß der christlichen Missionare auf die Verbreiterung der großen Kluft zwischen den weißen und farbigen Rassen:

„Es ist interessant, die Ursachen zu studieren und zu verstehen, auf die einige Beobachter das Anwachsen der Rassen- und Farben-Vorurteile in England zurückführen. In erster Linie, obgleich vielleicht nicht als bedeutendste Ursache, sieht der Missionar-Einfluß. Es ist nicht unnatürlich, daß christliche Missionare die geistige Dunkelheit barbarischer und halbbarbarischer Stämme, unter die ihr Los sie geführt hat, betonen, oder daß sie die Schwächen der Geweihten großer nicht-christlicher Religionen übertrieben haben, unter denen sie ihren Beruf ausüben. Und so kam es dazu, daß die populäre Ansicht entstand, daß Barbarismus und entartete Sitten Merkmale aller Farbigen sind. . . . Die Unwissenden, und sie sind in der Mehrzahl, machen keinen Unterschied. Götzendienerei und Vielweiberei, Verseuchung und Schmutz, um nicht unaussprechbare Uebel zu erwähnen, gehören in der allgemeinverbreiteten Ansicht des (englischen) Volkes untrennbar zu den Angehörigen farbiger Rassen, selbst solcher aus den ältesten Kulturländern.“

Was für Indien gilt, das gilt in gleichem Maße für China und Japan. Auch in diesen Ländern, deren Völker Erben viel älterer Kulturen sind als diejenigen westlicher Länder, weist man auf den offensbaren Widerspruch zwischen der christlichen Lehre und der Praxis der sich christlich nennenden Nationen hin, und man empfindet auch dort die Tätigkeit der christlichen Missionare als Annäherung und Ueberheblichkeit. So äußerte sich am 1. November 1930 auf einem Kongreß in

Erfolge des DMV.

F. G. Berlin, 30. Januar.

Der Streik der Schleifer und Galvanisierer, der am 19. Januar unter Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes begann, ist am 28. Januar beendet worden.

Nachdem der Schiedsspruch, der einen 12prozentigen Lohnabbau vorsah (die Unternehmer forderten 15 Prozent), von den Mitgliedern des DMV abgelehnt war, traten sie in den Streik. Nachdem dann auch die von der Schleifer-Innung beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom Schlichter abgelehnt wurde, versuchte die Firma BERGFELD mit dem Metallarbeiter-Verband ein Sonderabkommen zu treffen, wonach die Löhne nur um 9 Prozent abgebaut werden sollten. Dieses Angebot wurde vom Metallarbeiter-Verband mit dem Hinweis abgelehnt, daß für ihn nur ein Tarifabschluß für die gesamte Branche in Frage komme. Diese Ablehnung hatte zentrale Verhandlungen zur Folge, die dazu führten, daß sich die Innung mit einem 9prozentigen Lohnabbau zufrieden gab. Neben der Abmachung, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden dürfen und der Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gilt, wurde noch folgende Vereinbarung getroffen: „Sofern aus Mangel an Arbeit die sofortige Wiedereinstellung von Arbeitern nicht möglich ist, ist die Einstellung betriebsfremder Arbeiter bis zum 1. März 1932 nur zulässig, wenn die nicht wieder eingestellten Arbeiter anderweitig beschäftigt sind.“

Dieses Verhandlungsergebnis wurde von den im Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeitern der Metallschleiferbranche einstimmig angenommen. Die Arbeit ist am Donnerstag bereits wieder aufgenommen worden.

Auch in den Betrieben, in denen der Rote Metallarbeiter-Verband stark vertreten ist, ist der Streik am Donnerstag beendet worden.

Das Ergebnis des Streikes ist, gemessen an den Forderungen der Unternehmer, ein Erfolg des DMV.

Die Kommunisten behaupten zwar trotzdem weiter, daß die freien Gewerkschaften jeden Lohnkampf sabotieren, aber gemessen an den Kämpfen und Erfolgen der RGO sind die von den Freien Gewerkschaften heute noch geführten wenigen Kämpfe und ihre Erfolge tatsächlich groß zu nennen. Wir erinnern an das für die RGO geradezu klägliche Ergebnis unserer Nachprüfung einiger der angeblich „100 siegreichen RGO-Streiks“ (im „Funken“ Nr. 22).

Auch im Baugewerbe haben die Freien Gewerkschaften kürzlich trotz der 83 Prozent arbeitslosen Bauarbeiter einen erfolgreichen Lohnkampf zu verzeichnen. In den Lohngebieten Potsdam, Nowawes, Caputh, Michendorf und Saarmund sind die Löhne und Arbeitsbedingungen seit Jahren durch den Bezirkstarifvertrag Groß-Berlin geregelt. Mitte November teilten die Unternehmer den Bauarbeitern mit, daß die Löhne für Facharbeiter um 23 Pfennig, für Hilfsarbeiter um 27 Pfennig gekürzt würden. Am 21. November traten die Bauarbeiter unter Führung des Deutschen Baugewerksbundes in den Streik. Nach sieben Wochen musterhaft geführten Abwehrkampfes mußten die Unternehmer den Schlichtungsausschuß anrufen. Dieser fällt einen Schiedsspruch, wonach für die strittigen Vertragsgebiete die Berliner Lohnsätze zu gelten haben. Mit diesem vollen Erfolg ist der Abwehrkampf zu Gunsten der Arbeiter beendet worden.

Da gewerkschaftliche Erfolge heute selten sind, entspinnt sich über fast jeden Lohnkampf heute zwischen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ ein Streit darüber, wer den Erfolg dieses Kampfes auf sein Konto zu schreiben hat, die RGO oder die Freien Gewerkschaften. Interessant ist folgender Fall: Bei der Firma LEISER ist es den zu 90 Prozent freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern gelungen, den durch Notverordnung verfügbaren Lohnabbau durch einen einständigen Streik um einen Monat hinauszuschieben. Das ist eigentlich kein großer Erfolg; aber die RGO versuchte trotzdem, diesen Erfolg für sich zu reklamieren. Und das machte sie folgendermaßen: Bald nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden war, wurde der Betriebsrat ans Telefon gerufen und nach dem Erfolg des Kampfes gefragt. Er gab bereitwilligst Auskunft. Am nächsten Tage erfuhr er, daß dieser jemand ein Vertreter der „Roten Fahne“ war und daß der Streik bei LEISER eine RGO-Führung bekommen hatte.

Neutralität im ZdA.

Der „Freie Angestellte“ (vom 1. Februar 1932) beschwert sich, daß wir im „Funken“ Kritik übten am ZdA. Er schreibt: *Der Funke*. Sie erteilten uns am 20. Januar eine Lektion über Selbständigkeit gegenüber politischen Parteien. Gewiß, wir besorgen das, soweit wir es für richtig halten. Was Sie aber wünschen, geht zu weit. Wir sollen überhaupt keine Partei auszeichnen?! Sie belieben zu scherzen. Wenn die Sozialdemokratische Partei etwas für die Angestellten erreicht und durchsetzt, und das hat sie im Gegensatz zum ISK sehr häufig getan, werden wir sie nennen und darauf verweisen. Wenn Sie gegen die politische Zersplitterung sind, nun, Sie könnten mit gutem Beispiel vorangehen und in einer höheren Einheit aufgehen. Es wäre wirklich besser für die gewerkschaftliche Macht.

Hier sieht man deutlich, wie recht der „Funke“ mit seiner Kritik hat. Wir haben bemängelt, daß in einem ZdA-Blatt eine Werbeveranstaltung der SPD angezeigt war, und daß nicht einmal angegeben worden war, wer der Einberufer war.

Statt dessen will uns der Kollege aus dem „Freien Angestellten“ weismachen, wir hätten verlangt, er solle die SPD auch nicht *nennen*, wenn sie etwas für die Angestellten getan hätte.

Das kann der ZdA selbstverständlich gern tun. — was wir aber verurteilen, das ist die Taktik, die in dem Zitat aus dem „Freien Angestellten“ sichtbar wird. Er meint, daß der ISK, wenn er gegen politische Zersplitterung sei, in einer „höheren Einheit“ aufgehen solle. Und er meint, dies sei besser für die gewerkschaftliche Macht.

Der Kollege verwechselt, wie viele, die nur zählen können, die *größere* Einheit mit der *höheren* Einheit. Die SPD (denn davon redet der Kollege, obwohl ihm der Name offenbar nicht recht über die Zunge will) ist zwar die *größere* Einheit. Aber sie ist in bezug auf die *Höhe* (also auf Wirkung und Arbeit für den Sozialismus) unglaublich tief angelangt. Und zwar so tief, daß sie die Gewerkschaften benutzen muß, um sich Einfluß und Mitglieder zu erschleichen, die sie trotzdem nur schwer bei der Stange halten kann. Diese Einheit, die SPD, kann man ruhig erwähnen in den seltenen Fällen, wo sie etwas für die Gewerkschaften erreicht. Aber für sie werben, noch dazu sie als „höhere Einheit“ zu empfehlen, ist unzulässig, wenigstens in einem Gewerkschaftsorgan. Die SPD mag im übrigen als SPD auftreten und für sich werben, so viel sie will. Sie wird dabei die verdiente Mißachtung aller Sozialisten erfahren. Das weiß sie auch, und deshalb bietet sie sich auf dem Umwege über die Gewerkschaften an beim Proletariat. Diese Mogelei weisen die Genossen zurück, die für die Stärkung der gewerkschaftlichen Macht eintreten und die aus diesem Grunde parteipolitische Neutralität fordern. Denn das größte Hemmnis für die Gewerkschaftsarbeit liegt darin, daß die Gewerkschaften (durch Personalunion und andere Einrichtungen verführt) sich in das Schlepptau der SPD haben nehmen lassen. Wenn die Gewerkschaften dieses Narrenseil losgelassen haben werden, das sie nicht brauchen, weil sie stärker sind als die SPD, dann werden sie freier werden und selbständiger — freie Gewerkschaften: frei von dem unseligen Einfluß der politischen Geschäftsleute in der SPD.

Für Postpaketempfänger.

p Berlin, 30. Januar.

Die Reichspost erinnert daran, daß sie seit dem 15. Januar die Gebühren für Postpakete erheblich gesenkt und gleichzeitig eine vom Empfänger zu zahlende Zustellgebühr von 15 Pfennigen für jedes Paket eingeführt hat. Auch nicht freigemachte Pakete können wieder verschickt, d. h. die Zahlung der Paketgebühr kann dem Empfänger überlassen werden. In beiden Fällen ergeben sich für den Paketzusteller oft insofern Schwierigkeiten, als die Empfänger, die noch an das alte Aushändigungsverfahren gewöhnt sind, die Berechtigung zur Erhebung einer Zustellgebühr anzweifeln und diese oder die etwa fällige Paketgebühr nicht gleich zahlen wollen. Die Paketzusteller werden dadurch in ihren Dienstgeschäften erheblich aufgehalten, die Zustellzeit verlängert sich, und die Empfänger erhalten die Sendungen später als nötig wäre. Es würde daher zu einer Entlastung

und Beschleunigung führen, wenn die Paketempfänger die Zustellgebühr oder die Paketgebühr ohne längere Erörterungen entrichten wollten.

Spanien in Aufruhr!

Über dieses Thema sprechen am Mittwoch, dem 3. Februar, um 20 Uhr, in den Andreassälen, Andreassstraße 21:

**Rudolf Rocker Augustin Souchy
Karl Korsch**

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 1. Februar.

Hamburg:

18.30 Die Staatsauffassung der Jugendlichen.
18.55 Dr. BIEHL: Palästina als Schlüsselstellung für das englische Imperium.

Königswusterhausen:

19.30 Oek.-Rat KEISER: Was bringt das Reichsmilchgesetz dem deutschen Landwirt?
20.45 Hörspiel: „Illusion zieht immer.“ (Auch Langenberg.)

Langenberg:

18.20 MARIE LÜDERS: Die Welt sucht Frieden.

Leipzig:

20.00 Sinfonie-Konzert.

Mühlacker:

19.35 BRUNO ASCH: Wirtschaftskrise und Kommunalpolitik.
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 STALIN — sein Leben und seine Arbeit

Dienstag, den 2. Februar.

Berlin:

17.30 Bücherstunde.

19.00 Dr. HERR: Deutsche Not — deutsche Hoffnung. (Auch Hamburg, Königswusterhausen, Langenberg und München.)

19.15 Hörbericht aus der alten Leineweberstadt Sorau.

21.10 Hörspiel: „Der Mensch Nr. 17381“.

Breslau:

20.00 Franz-Lehar-Konzert.

Mühlacker:

19.05 Ob.-Reg.-Rat KLEIN: Arbeitslosenversicherung, Versicherungsleistungen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM. zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabeth Ufer 28/29.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Der „ISK“ behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.

Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als

Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebot!

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Kaut

bei den Inserenten des
„Funken“!

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

Lest die politischen Schriften Leonard Nelsons,

die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziellosigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einführung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:

Öffentliches Leben

35 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch.: Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14

Die Gefangenen Mussolinis.

Den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen“ (Herausgeber: die von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingesetzte Untersuchungskommission), vom 11. Januar 1932, entnehmen wir folgenden Bericht:

Ein Dokument der Schande.

Eine in Italien geheim verbreitete Flugschrift bringt folgenden Bericht über die Zustände in den Verbannungsorten auf den Inseln. Die nüchternen Zahlen entrollen, eindrucksvoller als ausführliche Darstellungen, ein erschütterndes Bild der barbarischen Qualen, die die Gefangenen Mussolinis zu erdulden haben.

„1200 politisch Deportierte werden durch einen doppelten Milizkordon, bei dem auf je fünfzig Meter ein Posten steht, bewacht, ohne irgendeine Möglichkeit, zu arbeiten, täglich systematisch provoziert und selbst vor den Augen ihrer halbverhungerten Frauen und Kinder blutig geschlagen. Auf einer Fläche von zwei Quadratkilometern, auf den Tyrrhenischen, den Mittelmeer- und den adriatischen Inseln zusammengepfercht, sind ihre Leiden unter den Härten der Deportation unermesslich.

Allein auf der vulkanischen Insel Lipari gab es unter 500 Deportierten im Verlauf eines Jahres:

118 Schwindsüchtige;

43 durch die italienische Miliz Verwundete;

37 wahnsinnig Gewordene;

1 Selbstmörder;

1 durch Bajonettstiche in die Kehle Ermordeter;

2 durch Stockhiebe Getötete;

107 erhielten ungerechte Freiheitsstrafen von drei bis zu zehn Monaten, die in den furchtbaren Kerkern von Lipari und Milazzo verbüßt werden mußten.

Die faschistische Regierung erhält die Deportierten mit fünf Lire pro Tag und ihre Kinder mit fünfzig Centesimi pro Tag. Während ein Kilo Brot zwei Lire kostet!

Der Hunger! . . . Und, um ihn zu stillen, sind auf den Verbannenseln Italiens bereits alle Katzen, Hunde, Esel und arbeitsfähigen Pferde aufgegessen worden, selbst wenn sie krank waren.

So sieht das tragische Martyrium jener Armen aus, die wegen des Verbrechens des Denkens gequält, und der mittelalterlichen Grausamkeit der Schwarzhemden recht- und hilflos ausgeliefert sind.“

In der gleichen Nummer der „Mitteilungen“ wird auf einen Brief verwiesen, der im „Manchester Guardian“ vom 27. November 1931 veröffentlicht wurde und an den Herausgeber dieser Zeitung gerichtet ist:

Parteitag der KPR.

Moskau, 30. Januar.

Am Sonnabend wurde der Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eröffnet. Zu der Konferenz sind die Vertreter des Polit-Büros unter Führung STALINS erschienen. Sämtliche Führer der Regierung und der Kommunistischen Internationale sind als Gäste anwesend.

In der heutigen Sonnabend-Sitzung wird STALIN voraussichtlich das Wort zur Berichterstattung über die allgemeine außenpolitische und wirtschaftliche Lage ergreifen. U. a. wird er sich mit dem chinesisch-japanischen Konflikt befassen.

Präsident der Saarregierung.

Genf, 30. Januar.

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend in geheimer Sitzung zum Präsidenten der Saarregierung den bisherigen englischen Botschaftsrat in Madrid, GEORGE KNOX, ernannt.

Die Alkoholfrage im finnischen Reichstag.

Helsingfors, 30. Januar.

Am Sonnabend wurde das neue Alkoholgesetz vom finnischen Reichstag mit 120 gegen 45 Stimmen angenommen. Die Vorbereitungen zur Durchführung der neuen Bestimmungen werden noch vor dem 1. April abgeschlossen sein.

Der „Völkische Beobachter“ verboten.

München, 30. Januar.

Die Polizeidirektion München hat den „Völkischen Beobachter“ bis einschließlich 7. Februar verboten.

Hüttenbetrieb Borsigwerk AG stillgelegt.

Borsigwerk, 30. Januar.

Die Borsigwerk AG. teilt mit: Angesichts des seit geraumer Zeit festzustellenden völlig unzulänglichen Auftrags-eingangs hat sich die Borsigwerk AG. entschließen müssen, vorsorglich dem Demobilisierungskommissar die Stilllegung ihres Hüttenbetriebes am 28. Februar anzuzeigen. Die Betriebe der Gruben und der Kokereien werden von dieser Stilllegung nicht berührt.

Von der Stilllegung würden 1700 Arbeiter und Angestellte betroffen werden.

Die Lage in Oesterreich.

Fr. Die Lage der österreichischen Wirtschaft wird immer schwieriger. Das Interesse am Außenhandel und das an einer stabilen Währung geraten miteinander in Konflikt. Um den Wert des Schillings nicht zu tief sinken zu lassen, hat die österreichische Regierung verboten, für Waren, die ins Ausland gehen, Schillinge als Bezahlung anzunehmen. Die Nationalbank will dadurch den Schilling-Handel im Ausland, der zu einem niedrigeren als dem gesetzlichen Kurs erfolgt, unterbinden und hofft so, größere Einnahmen an ausländischen Zahlungsmitteln zu erhalten. Durch dieses Gesetz wird aber der Außenhandel schwer betroffen. Denn die Unternehmer hatten, um den strengen österreichischen Devisenbestimmungen auszuweichen, zum größten Teil Schillingzahlungen von ihren auswärtigen Kunden verlangt.

Diese Devisenbestimmungen sind ihrerseits weitgehend vom Völkerbund erzwungen worden. Man hat sie dem österreichischen Bundeskanzler BURESCH bei seiner Rücksprache mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes im Januar dieses Jahres von neuem zur Pflicht gemacht.

„Sehr geehrter Herr!“

... Signor MUSSOLINI hat in einer Rede vom 8. Dezember 1930 erklärt, daß ein Taglohn von 8 Lire (oder 48 Lire pro Woche oder jetzt weniger als 11 engl. Schilling) für einen Arbeiter das Minimum sei; aber im selben Monat wurde die Unterstützung der Deportierten von 10 auf 5 Lire pro Tag (oder 35 Lire pro Woche) herabgesetzt, und von dieser Summe sollen die Gefangenen, meist gebildete Menschen, leben. Die meisten von ihnen können fast keine Arbeit finden, weil ihnen das Überschreiten der Grenzen der etwa eine halbe Quadratmeile großen Niederlassung nicht gestattet ist; und auf dieser Fläche sind auf Lipari und auf Ponza ungefähr 500 Menschen zusammengepfercht. Auf behördlichen Befehl dürfen keine Geld- oder Lebensmittelsendungen in Empfang genommen werden. Wenn, wie es oft der Fall ist, der Deportierte von Frau und Kindern begleitet wird, ist es klar, daß die Unterstützung ungenügend ist. Dazu muß er außer der Nahrung auch noch Miete bezahlen, denn die Familie kann in die überfüllten Baracken, wo die Alleinstehenden wohnen, nicht einquartiert werden.

Auf Lipari waren vor kurzem unter den Deportierten 50 Familien mit insgesamt 80 Kindern; auf Ponza 13 Familien mit insgesamt 31 Kindern. All diese leben in elenden Hütten mit vollständig unzureichenden Aborten und Wasserleitungen, und die Miete beträgt 80 bis 100 Lire. Auf die Dauer werden solche Lebensverhältnisse, wenn nicht den direkten Hungertod, so zum mindesten eine ständige Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Männer, Frauen und Kinder und eine wachsende Zahl der Kranken bewirken. Es ist daher nicht verwunderlich, daß tuberkulöse Krankheiten bedenklich vorherrschen und viele Kinder Anzeichen von Unterernährung und Blutarmut aufweisen, während die Spitalerkrankungen absolut ungenügend sind. Man kann sich fragen, warum die Frauen und Kinder überhaupt auf die Inseln gehen, aber es muß daran erinnert werden, daß in Italien viele Familien bei Abwesenheit ihres Ernährers den schlimmsten Entbehrungen ausgesetzt sind, daß es unter solchen Umständen ganz natürlich ist, wenn sie sich ihren Männern und Vätern anschließen.

Wir erlauben uns, zu fragen, ob es der italienischen Regierung möglich wäre, zu gestatten, daß Lebensmittelpakete, Kleidung und Arzneien auf die Inseln geschickt werden, besonders um der Not der Frauen und Kinder abzuhelfen?

Ernest Barker. G. Lowes Dickinson.

G. P. Gooch. Thomas Okey. Graham Wallas.

London, 25. November 1931.“

Die Rechtsblätter stellen fest, daß die Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völkerbundsstatuts den Untergang der Genfer Institution bedeuten würde: China sei kein souveräner Staat, sondern nur ein geographischer Begriff; China habe die Verträge verletzt und damit gerechtfertigte Sanktionen von Seiten Japans herausgefordert; China sei ein Unruheherd, der die Zivilisation bedroht.

Um den entgegengesetzten Standpunkt der französischen Linksoption zu bekunden, hat der sozialistische Kammerabgeordnete MOUTER eine Anfrage eingebracht, die sich auf die Haltung der Regierung als Signatarmacht des KELLOGG-Paktes gegenüber den blutigen Ereignissen in China bezieht. Der in Paris tagende französische Sozialistenkongress hat eine scharfe Entschliebung gegen den Krieg im Fernen Osten sowie gegen die Haltung Japans angenommen. Die Arbeiter aller Länder werden aufgefordert, bei ihren Regierungen für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen zu wirken.

Wo bleiben die deutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaften?

Japanische Provokation gegen Rußland.

Moskau, 30. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt, daß die Meldungen, wonach 3000 sowjetrussische Eisenbahnangestellte die chinesischen Truppen im Kampf gegen Japan unterstützen wollen, falsch sind. Auch die Gerüchte, daß die Rote Armee die Grenze überschreiten werde, um die chinesische Ostbahn zu besetzen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Zu den japanischen Erklärungen, daß infolge der Schwierigkeiten in Charbin die Verantwortung für das Leben der japanischen Bürger durch die Sowjetregierung übernommen werde, wird von russischer amtlicher Seite betont, daß dieses ein neuer japanischer Schritt sei, um eine weitere Zuspitzung der Beziehungen zwischen Moskau und Tokio hervorzurufen. Die Moskauer Regierung lehne es selbstverständlich ab, irgendwelche Verantwortung für das Vorgehen der Japaner in Charbin zu tragen und werde sich in solche Verhandlungen nicht einlassen.

Tokio, 30. Januar.

Im Zusammenhang mit der Zerstörung des südlichen Teils der chinesischen Ostbahn wegen der Beförderung der japanischen Truppen wird der russische Botschafter in Tokio, TROJANOWSKI, beim japanischen Außenminister JOSCHISAWA in einer am Sonntag stattfindenden Unterredung Einspruch erheben und erklären, daß für sämtliche Beschädigungen, die durch japanische Truppen entstanden sind, die japanische Regierung die Verantwortung tragen müsse.

Moskau, 31. Januar.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, MOLOTOW, hielt am Sonnabend abend auf der Parteikonferenz eine Rede über die allgemeine Außenpolitik. Zu den Ereignissen im Fernen Osten erklärte MOLOTOW, die Sowjetunion sei gegen Schaffung eines Pufferstaates, der die politische Lage nur verschlechtern könne. Die Regierung werde ihre Friedenspolitik fortsetzen. Es seien aber seit geraumer Zeit verschiedene russenfeindliche Machenschaften im Gange, die beweisen, daß man einen Ueberfall auf die Sowjetunion vorbereiten wolle. Man sei in Moskau gut unterrichtet über die Verhandlungen zwischen den Weißrussen und der Tschechoslowakei einerseits und der Tschechoslowakei und Japan andererseits, die sich eine Einkreisung Sowjetrußlands zum Ziel gesetzt hätten. Der Krieg im Fernen Osten sei heute nicht mehr abzuleugnen. Je mehr man vom Frieden spreche, desto mehr näherte sich die Kriegsgefahr.

Berlin, 30. Januar.

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben bei dem stellvertretenden Ausschußvorsitzenden, SCHEIDEMANN, die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Als Tagesordnung haben sie vorgeschlagen: Die japanischen Kriegsmaßnahmen gegen China und die Haltung der deutschen Reichsregierung und des Völkerbundes.

Der Völkerbund bildet eine neue Kommission.

Genf, 30. Januar.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, einen neuen Untersuchungsausschuß zu bilden, der aus den ständigen Vertretern der Ratsmächte in Schanghai zusammengesetzt sein soll und der dem Völkerbundsrat unverzüglich Bericht über den Ursprung und die Entwicklung der Ereignisse und den gegenwärtigen Stand in Schanghai erstatten soll.

Tokio, 31. Januar.

Der Vertreter des japanischen Außenministeriums, NAGAY, erklärte der japanischen Presse, eine Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völkerbundsstatuts gegen Japan komme nicht in Frage, da die japanische Regierung China keinen Krieg erklärt habe und die Truppen nur da seien, um China zu zwingen, seinen Verpflichtungen gegenüber Japan nachzukommen. Sollte der Völkerbund die Vorschläge zur Anwendung der Artikel 15 und 16 annehmen, so würde die japanische Regierung gezwungen sein, aus dem Völkerbund auszutreten.

Kurze Meldungen.

Die Beschwerde der Ukraine gegen Polen vom Völkerbund glatt abgelehnt.

Genf, 30. Januar.

Zu der Beschwerde der ukrainischen Minderheit gegen die polnische Regierung nahm der Völkerbundsrat am Sonnabend einen Bericht des japanischen Berichterstatters SATO an, in dem uneingeschränkt der polnische Standpunkt anerkannt und das gesamte Verfahren gegen Polen als endgültig abgeschlossen erklärt wird. Die Erklärung rief in weiten Kreisen, vor allem der Minderheitenvertreter, die größte Entrüstung hervor. Das Ansehen des Völkerbundes hat einen neuen empfindlichen Schlag erlitten.

Dieser Druck des Völkerbundes hat SEIPEL und seinen Freunden Material geliefert zu ihrem Angriff auf den bisherigen Außenminister SCHÖBER. Sie werfen ihm vor, durch seine katastrophale Außenpolitik sei Oesterreich wirtschaftlich in völlige Abhängigkeit vom Ausland geraten.

Unter diesem Ansturm ist die Regierung gestürzt; SCHÖBER ist aus dem Kabinett ausgeschieden. Das Wohlwollen, das er seit einiger Zeit bei der SP gefunden hat, konnte ihn davor nicht bewahren. Welchen Grund hat auch die Arbeiter-schaft, diesem Mann, der das Blutbad vom 15. Juli 1927 auf dem Gewissen hat, ihr Vertrauen zu schenken? Nur ein Grund spricht für ihn: daß seine Regierung nicht ganz so minderwertig ist wie eine Diktatur SEIPELS sein wird. — Die Unterstützung des Bürgertums hat SCHÖBER dadurch verloren, daß er 1929 anläßlich des Verfassungskampfes mit der SP in Verhandlungen trat und schließlich eine Verfassung zustande brachte, die für die SP annehmbar war.

Nicht allein die Politik SCHÖBERS war der Angriffspunkt des rechten Flügels der christlich-sozialen Partei. Auch gegen den Innenminister Dr. WINKLER wurde Sturm gelaufen, weil er, nach dem Waffengang im Ottakringer Arbeiterheim, dem Verlangen dieser Partei nach schärferen Maßnahmen gegen die SP nicht nachgegeben ist.

Das Ausscheiden SCHÖBERS hat die Großdeutschen veranlaßt, ihre Beteiligung an der neuen Regierung zu verweigern. So konnte BURESCH nur eine Minderheitsregierung zustande bringen, die nicht sehr lebensfähig ist und nach SEIPELS Plänen auch nicht sein soll. Eine so schwache Regierung inmitten der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedrängnis kann für ihn zum Sprungbrett werden, um eine offene oder verhüllte Diktatur aufzurichten.

„Der Aufbruch einer neuen Zeit ist da.“

So schreibt ein Bergbauangestellter in der Nr. 22 vom 13. Januar 1932 der „R.-W. Z.“, dem Organ der Ruhr-Montan-industrie. Diesen will er durch Propagierung der wirtschaftsfriedlichen gelben Gewerkschaften erreichen. Er „will in erster Linie den zersetzenden Klassenkampfgedanken . . . beseitigen. Aus diesem Grunde hat der Kampf- und Streikgedanke . . . keinen Platz in der RDA-Bewegung (Reichsbund Deutscher Angestelltenverbände, gelb). Der Gedanke des Gegensatzes einmal innerhalb der Berufskräfte und zum weiteren gegenüber dem Arbeitgeber oder der Werksleitung muß mit positiven, mehr auf geistigen Gebiete liegenden Mitteln beseitigt werden“.

Dieser selbstverständlich auch streng nationale Bergbauangestellte denkt dem Angestellten die Rolle des „ehrlichen Maklers“ zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft zu. Er bestätigt damit nur die leider häufige unklare Haltung eines Teils der Angestellten gegenüber der Arbeiterschaft. — Was die „mehr auf geistigem Gebiete liegenden Mittel“ der „Wirtschaftsverständigung“ für die Arbeiterschaft bei Ausschließung der Streikmöglichkeit bedeuten, beweisen die letzten Lohnabkommens-Schiedssprüche. Diese neue Zeit ist also die hinreichend bekannte „gute alte Zeit“, in der die Arbeiter sich aus christlichen, nationalen oder anderen Motiven willenlos das Fell über die Ohren ziehen ließen. Wer heute noch an die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeiterschaft glaubt und den „Versöhnler“ spielen will, beweist damit, daß er wohl nie einsehen wird, wohin er gehört. Merkwürdig übrigens, wie wenig das „gesellschaftliche Sein“ dieses Stehkragenproletariats dessen „Bewußtsein bestimmt“.

Der Kampf um den ostasiatischen Markt.

Warum greift Japan Schanghai an?

Die japanische Außenhandelsbilanz hat sich während der vergangenen Monate sehr verschlechtert. Hierzu einige Zahlen:

	Monatsdurchschnitt			
	Nov. 1930	Jan./Sept. 1931	Okt. 1931	Nov. 1931
Ausfuhr	117,5	98,8	97,9	77,0
Einfuhr	95,6	107,3	77,4	80,9
Saldo: + 21,9	- 8,5	+ 20,5	- 3,9	
Ausfuhr von Baumwollwaren	21,0	20,1	18,2	12,8

Diese Ziffern zeigen, wie stark Japans Industrien gefährdet sind, ganz besonders die Baumwollindustrie, eine der wichtigsten in Japan.

Worauf ist der Rückgang der Ausfuhr während der vergangenen Monate zurückzuführen?

Die Hauptursache dafür ist der Boykott japanischer Waren in China. Japanische Waren im Werte von etwa 30 Millionen Mark, die jetzt allein in Schanghai lagern, sind unverkäuflich, solange der Boykott anhält. Diese Waren sind von Japanern nach China ausgeführt worden, aber die chinesischen Händler haben sich geweigert, sie abzunehmen, obwohl sie dadurch in vielen Fällen ihre Handelsverträge mit japanischen Firmen verletzen. Die chinesischen Banken weigern sich, Zahlungen für japanische Waren vorzunehmen. Also müssen die Waren in den Lagerschuppen liegen bleiben. Baumwollwaren im Werte von über 3,5 Millionen Mark lagern so in Schanghai; der Wert der Baumwollwaren, die versandfertig in japanischen Häfen liegen, übersteigt 16,5 Millionen Mark.

Nicht nur die in Japan produzierten Waren werden boykottiert, sondern auch die Erzeugnisse der in China selber arbeitenden japanischen Unternehmen. Diese Firmen haben seit Beginn des japanischen Raubzuges 136 000 Ballen Baumwolle erzeugt; sie haben jetzt 136 000 Ballen auf Lager, die einen Wert von nahezu 24 Millionen Mark darstellen.

Zucker, Kohlen, Papier, die früher in großen Mengen von Japan nach China ausgeführt wurden, füllen jetzt die Lagerschuppen in japanischen und chinesischen Häfen. Die Schiffs-, Versicherungs- und Spediteur-Gesellschaften haben große Verluste zu tragen.

Der Präsident der japanischen Handelskammer in Schanghai schätzt die Verluste der japanischen Industrien und Kaufleute seit Inkrafttreten des Boykotts — also seit dem Einfall der Japaner in die Mandchurei im September 1931 — auf etwa 92,5 Millionen Mark. Diese Ziffer schließt aber noch längst nicht alle Verluste ein, die direkt oder indirekt sowohl durch den Boykott in Japan als auch in China entstanden sind.

Wir sagten in Nr. 22 des „Funken“, daß der räuberische Einfall der Japaner in chinesisches Gebiet wohl nicht zuletzt von dem Interesse japanischer Kapitalisten diktiert worden ist. An dieser Übersicht sehen wir, daß diese Eroberung sie auch etwas kostet, daß der Widerstand der Chinesen auf wirtschaftlichem Gebiet weit stärker ist als auf militärischem. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Japaner jetzt auch gegen den Boykott mit Waffengewalt vorgehen wollen: In ihrem Ultimatum vom 23. Januar an die chinesische Regierung ist einer der Hauptpunkte die Aufhebung des Boykotts. Schon vor Ablauf der gestellten Frist sind japanische Kriegsschiffe in Schanghai gelandet. Sie reden eine ein-

deutige Sprache! Die chinesischen Behörden in Schanghai haben sich daher genötigt gesehen, offiziell zur Aufhebung des Boykotts anzurufen. Ob dieser Rat wirklich dazu führen wird, daß japanische Waren wieder zugelassen werden, bleibt abzuwarten. Wenn er es tut, wird dadurch die Lage Japans wesentlich gestärkt sein; denn auf lange Dauer ist der Verlust des chinesischen Marktes für die japanischen Kapitalisten schwer zu tragen.

Eine Waffe zum Kampf gegen Japan.

Die Chinesen haben bisher auf dem Wege des wirtschaftlichen Boykotts versucht, sich gegen den japanischen Einfall zu wehren. Es ist ihnen auf diese Art gelungen, japanische Kapitalisten empfindlich zu schädigen; wir haben gesehen, zu welchen Maßnahmen Japan greift, um unter dem Vorwand dieser Schädigung sich Sicherungen zu verschaffen.

Selbst wenn der Boykott aber fort dauert, bleibt zu bedenken, daß kaum ein Fünftel der japanischen Ausfuhr nach China geht. Der Boykott müßte also von mehreren Ländern ausgehen, um die japanische Wirtschaft ernstlich zu gefährden.

Es ist während der vergangenen Monate oft gefragt worden, warum der Völkerbund nicht beschlossen hat, daß alle ihm angeschlossenen Staaten japanische Waren boykottieren sollen. Der Grund hierfür liegt klar zu Tage: Kaum 20 Prozent der japanischen Ausfuhr gehen nach Europa, während 38 Prozent nach Nordamerika gehen. Ein wirkungsvoller Boykott müßte also von den Vereinigten Staaten unterstützt werden. Fast die gesamte Ausfuhr Japans an Rohseide geht nach den Vereinigten Staaten. Wenn die Amerikaner sich weigern würden, diese weiter zu kaufen, würden sie dadurch rund fünf Sechstel der japanischen Rohseidenunternehmen zur Stilllegung zwingen und rund 40 Prozent der japanischen Ausfuhr lahmlegen. Die japanischen Kapitalisten wären dann vor die Wahl gestellt, entweder einen großen Teil ihrer Absatzmärkte zu verlieren — und zwar einen größeren Teil, als sie durch Eroberung in der Mandchurei in absehbarer Zeit gewinnen könnten — oder aber von der Mandchurei zu lassen. Gewiß, die Mandchurei liefert die wichtigsten Rohstoffe, die Japan braucht, unter anderem Kohle und Eisen; aber ein Drittel oder die Hälfte der Absatzmärkte ist ein hoher Preis dafür!

Was würden dagegen die Vereinigten Staaten durch einen Boykott japanischer Waren verlieren? Es ist anzunehmen, daß die Japaner sich weigern würden, amerikanische Waren zu kaufen, soweit sie sie entbehren können. Der völlige Ausfall des japanischen Marktes würde die Ausfuhr der Vereinigten Staaten um ungefähr 5 Prozent verringern. Dies wahrscheinlich auch nur für kurze Zeit; denn wenn japanische Waren in Amerika boykottiert werden, wird Japan in nicht allzu langer Zeit den Forderungen der U. S. A. nachkommen müssen, wenn es nicht seine gesamte Wirtschaft gefährden will.

Wir sehen, daß die Amerikaner die Waffen in der Hand haben, den japanischen Raubzug auf wirtschaftlichem Wege zu hemmen. Wir wissen aber auch, daß Amerika diese Waffe nur gebrauchen wird, wenn es sich selbst einen Vorteil davon verspricht, also etwa, wenn es seine eigenen Interessen in China von Japanern bedroht sieht. Denn für das Recht der Chinesen werden die amerikanischen Kapitalisten auch keine 5 Prozent ihrer Ausfuhr opfern! Hilde Meisel.

Reallöhne in 15 Industriestädten der Welt.

Das Internationale Arbeitsamt hat im Auftrage von HENRY FORD Untersuchungen darüber angestellt, in welchem Verhältnis die Arbeiterlöhne, die bei Ford in Detroit bezahlt werden, zu denen der europäischen Großstädte stehen. Diese Untersuchungen sind folgendermaßen angestellt worden: Als Grundlage dienten die niedrigsten Löhne, die 1929 bei Ford in Detroit gezahlt wurden. Die Kommission berechnete nun, wieviel ein europäischer Arbeiter verdienen müßte, um zum gleichen Wohlstand zu gelangen. Die Untersuchung wurde in 17 Städten vorgenommen; die faschistische Regierung Italiens hat die Veröffentlichung der Berechnungen aus den zwei herangezogenen italienischen Städten untersagt. Für die übrigen Städte ergab sich folgendes:

Stadt	Reallöhne, in Prozent der in Detroit gezahlten
Detroit	100
Stockholm	99—101
Frankfurt a. M.	85—93
Kopenhagen	83—91
Berlin	83—90
Cork (Irland)	85
Paris	80—87
Helsingfors	83
Marseille	75—81
Manchester	70—74
Warschau	67
Rotterdam	65—68
Istanbul	65
Antwerpen	61—65
Barcelona	58

Allerdings ist die Vergleichung, die hier gemacht worden ist, kaum ganz zutreffend; denn während in Detroit der niedrigste Lohn als Grundlage genommen worden ist, wurden in Europa meist die Löhne gelernter Arbeiter in Rechnung gestellt. Demnach würde also die Vergleichung für europäische Arbeiter noch weit ungünstiger ausfallen.

Eine zweite Aufstellung der Kommission zeigt, wieviel Prozent ihrer Löhne europäische Arbeiter für Steuern ausgeben müßten, wenn ihre Reallöhne so hoch wären wie bei Ford in Detroit.

Detroit	0	Warschau	4
Cork (Irland)	0	Frankfurt a. M.	1,2
Manchester	0	Kopenhagen	5,4
Istanbul	0	Berlin	4,7
Marseille	1,1	Stockholm	5,7
Paris	1,3	Helsingfors	7,5
Antwerpen	1,8	Barcelona	8,5
Rotterdam	3,1		

Die Arbeiter sind also in verschiedenen Ländern auch verschieden stark mit Steuern belastet, und zwar nicht etwa dort am stärksten, wo Reparationen gezahlt werden müssen. In den U. S. A. und England brauchen die Arbeiter vom Ford'schen Lohn keine Steuern zu bezahlen, in Barcelona und Helsingfors rund 8, in Deutschland zwischen 4 und 5 Prozent.

Lohnabbau und Preisabbau.

Während der am 27. Januar beendeten Woche ist der **Großhandelsindex** um 0,8 Prozent zurückgegangen. Gegenüber seinem Stand von Ende Dezember ist er um rund 3 Prozent zurückgegangen.

Der **Lebenshaltungsindex** beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Januar auf 124,5 gegenüber 130,4 im Vormonat. Er ist um 4,5 Prozent zurückgegangen.

Löhne und Preise sollen gleichmäßig gesenkt werden, sagte der Reichskanzler, als die Notverordnung vom 8. Dezember veröffentlicht wurde. Löhne und Gehälter sind um 10 bis 15 Prozent und mehr gesenkt worden, die Lebenshaltungskosten der Arbeiter dagegen um 4,5 Prozent. Die Reallöhne der Arbeiter sind also im günstigsten Falle um 5,5 Prozent gesenkt worden!

Wo werden die Bierpreise stärker gesenkt?

Allgemein soll in Deutschland der Bierpreis, den die Gastwirte zahlen müssen, um 2 Mark pro Hektoliter gesenkt werden. Sonderbestimmungen sind in Aussicht genommen für Hessen, Hessen-Nassau, die Pfalz, Baden und Württemberg. Dort soll die Preissenkung stärker sein. Nicht, weil die Brauereien dort mehr, sondern weil sie weniger verdienen! In den genannten Gebieten macht nämlich der Wein dem Bier Konkurrenz; je teurer das Bier ist, um so mehr wird es durch Wein ersetzt. Die Konkurrenz wird also dort fertig bringen, was der Kommissar allein nicht fertig brachte!

Der Zusammenschluß in der Bleistift-Industrie.

Der beabsichtigte Zusammenschluß der Bleistiftfabriken A. W. FABER-CASTELL, JOHANN FABER AG und der Kohinoor, über den wir in Nr. 14 berichteten, ist nunmehr zustande gekommen. Die Verträge haben eine Geltungsdauer von 75 Jahren und verlängern sich jeweils um 20 Jahre, wenn sie nicht zwei Jahre vor Ablauf gekündigt werden. Obwohl die rechtliche Selbstständigkeit der einzelnen Unternehmen aufrechterhalten bleibt, laufen diese Verträge praktisch auf nichts anderes, als auf eine völlige Fusion hinaus. In der Einflusssphäre der drei Unternehmen sind die Interessen der Verbraucher jedenfalls in keiner Weise geschützt, soweit nicht Außenseiter Konkurrenz machen.

Der Staat hilft nach.

In Italien ist durch ein Gesetz des Ministers für industrielle Korporationen verordnet worden, daß sich die Unternehmer in der Eisen- und Stahlindustrie zu einem Syndikat zusammenschließen, um Produktion und Absatz zu regeln. Ein Syndikat dieser Art hat schon seit August 1929 bestanden, wurde aber Ende 1931 aufgelöst, da einige Unternehmer nicht mehr mitmachen wollten. Die italienische Schwerindustrie ist weit mehr ausgebaut worden, als dem Verbrauch entspricht, und konnte seit dem Kriege lediglich auf Kosten der Steuerzahler und Verbraucher am Leben gehalten werden. Der Staat meint nun wohl, daß er billiger dabei wekommt, wenn die Unternehmer zusammengeschlossen sind.

Die Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Die folgenden Ausführungen sind die gekürzte Wiedergabe eines Aufsatzes, der uns vom Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung, Dr. Saassen, zur Verfügung gestellt wurde.

Die vorstädtische Kleinsiedlung darf und soll nicht an die Stelle der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vollsiedlung, sondern neben diese treten, um allen denen, die vorübergehend oder selbst auf längere Dauer ganz oder teilweise arbeitslos sind, zunächst einmal eine Möglichkeit zu geben, ihre brachliegende Arbeitskraft wenigstens zur Errichtung einer Wohnung und zur Erzeugung eines Teils der für ihre Familie erforderlichen Lebensmittel zu verwenden. Auf die Dauer gesehen, soll die vorstädtische Kleinsiedlung und Kleingartenbesetzung den Industriearbeiter krisenfest machen und vor den großen wirtschaftlichen und ethischen Gefahren schützen, die langandauernde Arbeitslosigkeit für jeden Menschen mit sich bringt.

Mit der Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung gewinnt eine Reihe von Gesichtspunkten Bedeutung, denen im ersten Bauabschnitt angesichts des geringen Umfangs des Siedlungswerkes keine ausschlaggebende Bedeutung beigegeben zu werden braucht. Hierzu gehören:

1. Die Strukturveränderung der deutschen Wirtschaft. Je umfangreicher das Siedlungswerk wird, desto mehr werden derartige Veränderungen beachtet werden müssen, um eine Ansiedlung von Arbeitern in Gebieten zu vermeiden, in denen ihnen voraussichtlich keine Gelegenheit mehr geboten wird, Arbeit zu finden. Als Beispiel sei hier auf die Verschiebung des Ruhrkohlenbergbaus von Süden nach Norden hingewiesen, die zur Stilllegung der südlichen Randzechen geführt hat.

2. Der vorhandene Wohnraum. Bei der außerordentlich großen Kapitalknappheit, unter der die deutsche Wirtschaft noch in absehbarer Zeit leiden wird, kann es nur verantwortet werden, dort Kapital in Neubauten zu investieren, wo der vorhandene Wohnraum nach Umfang und Qualität nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht.

3. Die Auswahl der Siedler nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Die vorstädtische Kleinsiedlung darf und soll nicht dazu führen, Menschen am Rande der Großstadt seßhaft zu machen, die anderenfalls infolge des dauernden Verlustes der früher in der Großstadt gefundenen Existenzgrundlage wieder auf das flache Land zurückwandern würden und dort mit Hilfe ihrer verwandtschaftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen eine Existenzmöglichkeit finden könnten.

Die vorstädtische Kleinsiedlung ist ihrem Charakter als Nebenerwerbssiedlung entsprechend nur für diejenigen bestimmt, die voraussichtlich, wenn auch erst nach längerer Zeit, wieder in der Großstadt bzw. im großstädtischen Industriegebiet Arbeit finden werden.

In zweiter Linie bietet die vorstädtische Kleinsiedlung als Stadtrandansiedlung Gelegenheit zur Ansiedlung von Rentenempfängern u. s. w., deren Renteneinkommen allein zur Deckung ihres Lebensunterhalts nicht ausreicht; da für sie ein Zwang zum Wohnen im Stadtinnern nicht besteht, ist es das Gegebene, ihnen durch Aussiedlung eine Möglichkeit zur Verwertung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft und damit zur Gewinnung eines zusätzlichen Einkommens zu geben.

Für die Zukunft sollen und müssen neben den von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu errichtenden Siedlungen auch freie Siedlungsvorhaben gefördert werden, die ihre Entstehung der tatkräftigen Initiative privater gemeinnütziger Siedlungsorganisationen oder einzelner Siedler verdanken.

Bauwirtschaft und Devisenwirtschaft im „Simplizissimus“.

In Wien wird auf der Herrngasse ein Hochhaus gebaut. Der Fremde fragte: „Wozu? In der heutigen Zeit? Wo so viele Büros leerstehen?“

Der Wiener wußte Bescheid: „Das werden keine Büros. In die unteren zehn Stockwerke kommen Gefängniszellen für die Leute, die ihre Devisen nicht angemeldet haben.“

„Und in die oberen zehn Stockwerke?“

„Dahin kommen Irrenhauszellen für die Leute, die ihre Devisen wirklich angemeldet haben.“